

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni 1981*

*\*Analyse de la votation fédérale du 14 juin 1981*

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Gleiche Rechte für Mann und Frau . . . . .	60 %	40 %
Konsumentenschutz . . . . .	66 %	34 %
Stimmbeteiligung 34 %		

Inhalt	Seite
Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni 1981 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französi- schen Schweiz . . . . .	3
1 Gleiche Rechte für Mann und Frau . . . . .	4
1.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen . . . . .	4
1.2 Die Entscheidungsmotive . . . . .	6
1.3 Ansichten und Meinungen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau . . . . .	8
1.4 Die Meinungsbildung von Ehepartnern bei Abstimmungen . . . . .	17
2 Konsumentenschutz . . . . .	18
2.1 Die Konfliktfronten — Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen . . . . .	18
2.2 Die Entscheidungsmotive . . . . .	20
2.3 Die wichtigsten Anliegen des Konsumentenschutzes . . . . .	23
Zusammenfassung der Hauptergebnisse . . . . .	24
*Récapitulation des résultats principaux . . . . .	27

## Die effektiven Abstimmungsresultate

	Gleiche Rechte für Mann und Frau (Ja in %)	Konsumentenschutz (Ja in %)
CH .....	60.3	65.5
ZH .....	63.0	66.2
BE .....	61.4	69.6
LU .....	50.5	57.9
UR .....	43.8	61.0
SZ .....	37.8	45.9
OW .....	52.6	46.5
NW .....	49.1	56.1
GL .....	42.0	60.6
ZG .....	58.0	61.9
FR .....	64.5	68.1
SO .....	57.6	70.2
BS .....	72.4	80.6
BL .....	68.6	73.4
SH .....	58.3	58.3
AR .....	42.2	52.4
AI .....	31.8	44.7
SG .....	46.3	59.4
GR .....	56.0	63.3
AG .....	52.1	60.6
TG .....	48.3	52.6
TI .....	66.3	76.3
VD .....	68.9	61.6
VS .....	46.1	45.4
NE .....	66.1	68.6
GE .....	85.2	79.7
JU .....	76.5	80.9

## Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 14. Juni 1981

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Sowohl der Gegenvorschlag der Bundesversammlung betreffend Gleiche Rechte für Mann und Frau als auch jener über den Konsumentenschutz sind am 14. Juni vom Souverän angenommen worden. In den ersten Kommentaren wurde allgemein auf die Tatsache hingewiesen, dass die kantonalen Abstimmungsergebnisse der erstgenannten Vorlage eine starke Ähnlichkeit mit jenen der Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts vor 10 Jahren aufwiesen<sup>1</sup>. Daraus wurde gefolgert, dass sich das Stimmverhalten der Frauen von demjenigen der Männer nicht unterschieden habe. Welche Merkmale haben nun wirklich das Stimmverhalten beeinflusst?

Aus den Daten aller seit 1977 durchgeführten VOX-Analysen geht hervor, dass die Stimmbeteiligung der Frauen im Durchschnitt 12 Prozent unter derjenigen der Männer liegt. Bei keiner einzigen eidgenössischen Abstimmung zwischen 1977 und anfangs 1981 war die Beteiligung der Frauen gleich hoch oder gar höher als diejenige der Männer. Hat nun die Vorlage über gleiche Rechte, welche die Frauen so direkt betrifft, diese zu einer überdurchschnittlichen Partizipation motivieren können? Diese Frage kann mit Ja beantwortet werden. Zwar war auch am 14. Juni 1981 die Stimmbeteiligung der Frauen tiefer als die der Männer, doch betrug die Differenz nur 5 Prozent. Die Differenzen bei den bisher untersuchten Abstimmungen schwankten zwischen 7 Prozent (Juni 1977 und Mai 1978) und 18 Prozent (Dezember 1978).

Welche Bereiche, die von den zwei Verfassungsänderungen tangiert werden, waren für die Zustimmung ausschlaggebend? Die Resultate der offenen Fragen nach den Entscheidungsmotiven in unzulässiger Weise vereinfachend, könnte man meinen, die Stimmbürger hätten die zwei Vorlagen deshalb angenommen, weil sie von der einen primär gleichen Lohn für gleiche Arbeit, von der andern die Preisüberwachung erwarten und somit beide auf die Dimension des Geldes reduziert hätten. Zusatzfragen zu beiden Vorlagen zeigen aber, dass für die Stimmbürger mehr dahinter steckt.

1 Vgl. dazu Krebs, H., Gleiche Rechte für Mann und Frau im Spiegel der Kantone, in: NZZ, Nr. 150 vom 2.7.81 und Gleiche Rechte, Scheidungsziffer, Familiengrösse, Einkommen, in TA, Nr. 162 vom 16.7.81.

## 1) Gleiche Rechte für Mann und Frau

### 1.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Wie immer haben wir in einem ersten Schritt untersucht, welche Merkmale das Stimmverhalten der Urnengänger beeinflusst haben. Tabelle 1 enthält die Stimmenverhältnisse aller Merkmalsgruppen. Die bei der Befragung verweigerten Antworten (bei allen Merkmalsgruppen mit Ausnahme der politisch schwach Integrierten und Primarschulabsolventen weniger als 9%) wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt. Mittels Chi-Quadrat-Tests wurde ermittelt, welche Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflusst haben. Für uns sind jene Beziehungen zwischen zwei Variablen signifikant, die mindestens ein Signifikanzniveau von 0.1 erreichen. Tabelle 1 enthält auch die Information, ob die einzelnen Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflusst haben. Falls dies zutrifft, ist sogar das Signifikanzniveau angegeben. Je *kleiner* diese Zahl, desto *stärker* der *Zusammenhang zwischen den beiden Variablen*.

Bei sechs Merkmalen kann ein Einfluss auf das Stimmverhalten nachgewiesen werden, es sind dies Alter, Geschlecht, Sprachgruppenzugehörigkeit, Siedlungsart, Parteisympathie sowie Bildung. Am stärksten hat das Alter der Befragten ihren Einfluss auf die Entscheidung zum Gleichberechtigungs-Artikel ausgeübt. Die 20–39jährigen haben dieser Vorlage viel mehr Sympathie entgegengebracht als die 40–64jährigen. Interessanterweise nehmen die 65–84jährigen bezüglich ihres Ja-Stimmenanteils eine Mittelstellung ein. Es ist also nicht so, dass die Zustimmung mit steigendem Alter sinkt. Eine hier nicht berücksichtigte Überprüfung anhand einer feineren Aufgliederung der Altersklassen zeigt, dass sinkende Zustimmung mit steigendem Alter für Befragte zwischen 20 und 64 zutrifft (60–64jährige: 50% Ja). Zwar hatten alle grossen Parteien auf eidgenössischer Ebene die Ja-Parole herausgegeben; doch wurde diese von den Sympathisanten in unterschiedlichem Ausmass befolgt. Am geringsten war die Zustimmung seitens der CVP-Anhänger. Mit nur 55% Ja ist diese Merkmalsgruppe diejenige mit dem kleinsten Ja-Stimmenanteil überhaupt. Mit etwas mehr, nämlich 62% Ja, folgen die Sympathisanten von FdP und SVP. Mit jeweils 9% bzw. 10% mehr Ja-Stimmen folgen jene Befragten, die keine Parteisympathie angeben konnten (71% Ja), die LdU-Anhänger (80% Ja) sowie die SP-Anhänger. Diese sind mit ihren 87% Ja-Stimmen die am stärksten annehmende Gruppe. Die Prozente der LdU-Anhänger stehen deshalb in Klammern, weil deren prozentualer Anteil relativ gering ist.

Es bleibt festzuhalten, dass das Merkmal Parteisympathie für die grössten Differenzen im Stimmverhalten sorgte (vgl. Abschnitt 1.3).

Gleich stark wie die Parteisympathie haben das Geschlecht, die Sprachgruppenzugehörigkeit und die Siedlungsart den Einfluss ausgeübt. Die Frauen weisen einen 14% höheren Ja-Stimmenanteil auf als die Männer. Doch ist diese Differenz mehr als die Hälfte kleiner als die grösste Differenz nach dem Merkmal Parteisympathie,

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über Gleiche Rechte für Mann und Frau

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in Prozenten		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant	
		Ja	Nein	Signifikanzniveau	
Geschlecht	Frauen	79	21	ja	0.01
	Männer	65	35		
Alter	20-39jährige	83	17	ja	0.001
	40-64jährige	61	39		
	65-84jährige	73	27		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	68	32	ja	0.01
	Westschweiz	86	14		
Stadt/Land	Stadt	77	23	ja	0.01
	Land	63	37		
Konfession	Katholiken	68	32	nein	
	Reformierte	73	27		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	68	32	nein	
	Angestellte/Beamte in mittlerer Stellung	78	22		
	Angestellte/Beamte in unterer Stellung	76	24		
	Landwirte	56	44		
	Arbeiter	70	30		
Bildung	Primarschule	66	34	ja	0.05
	Sekundarschule	60	40		
	Berufs-, Gewerbeschule	70	30		
	Gymnasium, Technikum	88	12		
	Uni	79	21		
Parteisympathie	CVP	55	45	ja	0.01
	FdP	62	38		
	SP	87	13		
	SVP	62	38		
	(LdU	80	20)		
	Keine	71	29		
Pol. Integration <sup>1</sup>	Hoch	75	25	nein	
	Mittel	69	31		
	Tief	81	19		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		72	28		
		60	40		

<sup>1</sup> Zum Begriff der "politischen Integration" s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

die 32% beträgt. Deutlich ist der Unterschied im Stimmverhalten auch zwischen Romands und Deutschschweizern: Jene waren der Vorlage gegenüber viel aufgeschlossener als diese. Ähnliches gilt für die Stadtbewohner und die Bewohner ländlicher Gebiete.

Relativ am geringsten beeinflusste die Bildung das Entscheidverhalten. Zwar kann kein sauberer Trend identifiziert werden. Doch eindeutig ist folgendes: Die Befragten, welche ein Gymnasium, ein Technikum oder eine Universität besucht haben, nahmen die Vorlage überdurchschnittlich an, jene mit Primar- oder Sekundarschul-Ausbildung dagegen nur unterdurchschnittlich.

Es muss noch darauf hingewiesen werden, dass die Zustimmung der Befragten zur Vorlage Gleiche Rechte für Mann und Frau (und auch zum Konsumentenschutz-artikel) gemessen am effektiven Abstimmungsresultat, zu hoch ausgefallen ist. Wie schon bei früheren VOX-Analysen dürften wieder zwei Effekte gewirkt haben: Bei der Befragung passten sich offensichtlich gewisse Befragte an den "Gewinner" an, während andere behaupten, an der Urne gewesen zu sein, obwohl es nicht zutrifft.

Wir haben auch untersucht, auf was für Merkmale signifikante Abweichungen im Stimmverhalten der Frauen zurückzuführen sind. Die Variable Erwerbstätigkeit hatte z.B. keinen Einfluss auf das Entscheidverhalten der Frauen. Erwerbstätige Frauen stimmten zwar etwas stärker zu als nichterwerbstätige; doch ist diese Differenz nicht signifikant. Ebenso wenig signifikant ist die Anzahl der Kinder, im Gegensatz zum Zivilstand: Ledige Frauen stimmten überdurchschnittlich zu, verwitwete und geschiedene nur unterdurchschnittlich. Der Ja-Stimmenanteil der verheirateten Frauen entspricht etwa dem Durchschnitt. Die Zurückhaltung der verwitweten und geschiedenen Frauen zeigt sich auch in ihrer unterdurchschnittlichen Stimmbeteiligung (Enttäuschungen, Ohnmachtsgefühle).

Frauen verhielten sich auch in folgender Beziehung anders als die Gesamtheit: Das Merkmal Konfession ist bei ihnen signifikant, die der Parteisympathie und Sprachgruppenzugehörigkeit dagegen knapp nicht.

## *1.2 Die Entscheidungsmotive*

Eine offene Frage sollte Aufschluss darüber geben, wie die befragten Urnengänger ihr Ja bzw. Nein begründen. Tabelle 2 enthält die Resultate. Bei den *Befürwortern* der Vorlage ist die Vertretung einzelner Bereiche interessant. So betrifft das am meisten genannte Ja-Motiv den Aspekt Arbeit/Beruf der Frau: 27% haben deshalb Ja gestimmt, weil sie damit die allgemeine Anwendung des Prinzips "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" ermöglichen wollen. Dieses Argument war auch in der öffentlichen Diskussion von befürwortender wie gegnerischer Seite hervorgehoben bzw. kritisiert worden. Die drei nächstwichtigen Entscheidungsmotive betreffen nicht spezielle Bereiche, sondern sind allgemein gehalten. 21% der Befürworter nannten einfach "Gleiche Rechte" oder "Gleichberechtigung" als Grund für ihr Ja. Dass den Frauen gleiche Rechte zustehen, weil sie gleich viel wert wie die Männer und bisher grundlos benachteiligt gewesen seien, meinten weitere 17%. Mit dem Zeitgeist argumentierten 14% der Ja-Stimmenden. Sie verstehen ihr Ja als Zustimmung zur

Tabelle 2 Entscheidungsmotive – Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
– Gleicher Lohn für gleiche Arbeit / Gleichheit im Beruf	27
– Gleiche Rechte / Gleichberechtigung	21
– Frauen sind gleich viel wert / Frauen bisher benachteiligt	17
– Zeitgemäss im 20. Jahrhundert / Entspricht der Entwicklung	14
– Gleichberechtigung in Familie / Ehe	7
– Besserstellung lediger/alleinstehender Frauen	2
Undifferenziert / Weiss nicht	12
<i>Nein-Motive</i>	
– Frauen haben schon genug Rechte / Geht zu weit	39
– Frauen als "schwaches Geschlecht" / können nicht leisten was ein Mann / können nicht zum Militärdienst verpflichtet werden	13
– Bringt Unruhe in Familien / Gibt mehr Scheidungen	9
– Mann soll seine Rechte behalten	8
– Frauen verlieren gute Rechte / AHV für Frauen dann erst ab 65	6
– Nützt nichts / Frauen haben sowieso nichts zu sagen	6
– Zu ungenau formuliert / Zuwenig ausgearbeitet	4
Undifferenziert / Weiss nicht	13

gesellschaftlichen Entwicklung. Deren Stand soll in der Verfassung verankert werden. Wiederum einen speziellen Bereich, nämlich Familie und Ehe als Ort der Gleichberechtigung nannten nur 7% als primär entscheidend für ihre Zustimmung zum Gleichberechtigungs-Artikel. Ausdrücklich ledige und alleinstehende Frauen wollten nur 2% der Ja-Sager besserstellen.

Überhaupt nie wurde hingegen die Gleichstellung in der Ausbildung als Entscheidungsmotiv angegeben.

Die *Gegner* der Vorlage äusserten sich nicht spontan gegen die Gleichstellung der Frauen in Lohnfragen und am Arbeitsplatz. In Abschnitt 1.3 wird allerdings noch darzulegen sein, wie sich Gegner und Befürworter hinsichtlich der Ansichten zu einzelnen Aspekten der Gleichberechtigung unterscheiden. 39% der Nein-Stimmenden gaben an, die Frauen hätten schon genug Rechte, diese Vorlage gehe zu weit. Dass es sich dabei nicht nur um die Angst der Männer vor der Gleichberechtigung der Frauen handelt, beweist die Tatsache, dass dieses Entscheidungsmotiv von Männern und Frauen gleich oft genannt wurde. Weitere 13% der Neinsager nannten das

Klischee vom schwachen Geschlecht als Grund für ihre Opposition zum Gleichberechtigungsartikel.

Anteilmässig weniger ins Gewicht fallen moralisch, psychologisch und materiell motivierte Gegengründe (drohender Zerfall der Familie; allgemeine Ohnmachtsgefühle und Benachteiligung beim AHV-/Pensionsalter). Gesamthaft betrachtet, haben die Frauen weder als Befürworter noch als Gegner substantiell anders argumentiert als die Männer.

### 1.3 Ansichten und Meinungen zur Gleichberechtigung von Mann und Frau

Wir interessierten uns nicht nur für Stimmverhalten und spontan genannte Entscheidungsmotive zur Gleichberechtigungs-Vorlage. Vielmehr nahmen wir die Abstimmung zum Anlass, die Ansichten und Meinungen der Befragten zu diesem Thema etwas genauer auszuleuchten.

Zunächst hatten die Interviewten auf eine offene Frage hin zu sagen, was man unter 'Emanzipation' verstehe. Die Antworten wurden zu jenen Kategorien zusammengefasst, die in Tabelle 3 aufgeführt sind. Ein Vergleich der Tabellen 2 und 3 drängt sich auf. In beiden Tabellen nimmt die Antwort "gleiche Rechte/Gleichberechtigung" eine wichtige Stellung ein. Sicher haben einige Befragte bei der inhaltlichen Umschreibung des Begriffs Emanzipation an die Abstimmungsvorlage gedacht. Doch kann deshalb noch nicht gesagt werden, die Befragten setzten Emanzipation und diesen Verfassungsartikel gleich. Die Kategorie "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" wurde nämlich bei der Emanzipation praktisch nie genannt. Der Begriff Emanzipation wird also allgemeiner verstanden als die angenommene Verfassungsbestimmung. So trifft es sicher zu, dass viele Leute glauben, mit der Annahme des Gleichberechtigungs-Artikels seien die Emanzipationsbestrebungen der Frauen noch nicht am Ziel angelangt. Im übrigen umschreiben nur 4 % der Befragten den Begriff Emanzipation auf zweifelsfrei negative Weise ("Emanzen"). Ebenfalls nur 4 % drücken ihre negative Haltung mit der Angst vor übertriebener Gleichmacherei aus.

Bleiben wir zunächst beim Aspekt der *Berufstätigkeit der Frau*. Dazu haben wir den Interviewten 8 Ansichten vorgelegt, mit denen sie sich "voll einverstanden", "einermassen einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "überhaupt nicht einverstanden" erklären konnten. All diese Ansichten sind im Wortlaut in Tabelle 4 enthalten. Diese Tabelle bringt ebenfalls die prozentualen Nennungen für alle Antwortkategorien. Auf der rechten Seite wird unterschieden nach jenen Gruppen, deren Antworten stark vom Durchschnitt abweichen. Gleich vorweg sei zu diesen abweichenden *Gruppen* jedoch festgehalten, dass sie fast nie gegenteiliger Ansicht sind. (Unter gegenteiliger Ansicht sei hier folgender Sachverhalt verstanden: Die Gesamtheit der Befragten ist mehrheitlich einverstanden, d.h. die Antwortkategorien "voll einverstanden" plus "einermassen einverstanden" vereinigen mehr als 50 % der Nennungen auf sich. Die abweichende Gruppe ist hingegen mehrheitlich nicht einverstanden, d.h. die Antwortkategorien "überhaupt nicht einverstanden" plus "eher nicht einverstanden" vereinigen mehr als 50 % der Nennungen auf sich



und umgekehrt). Die zwei nicht nur graduell abweichenden Gruppen sind *fett gedruckt*. Aus der massiven Zustimmung zu Ansicht (2) geht hervor, dass das Prinzip "gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" unbestritten ist (auch seitens der hier nur unterdurchschnittlich zustimmenden Gruppen). Die Antworten auf Ansicht (3) zeigen, dass es auch triftige Einwände gibt. Denn nur eine knappe Mehrheit (53%) glaubt, die Gleichwertigkeit einer Arbeit sei sachlich feststellbar. Dies wurde übrigens im Abstimmungskampf von der Gegenpropaganda bestritten und fand reichlich Zustimmung (vgl. Gruppe "Gleiche Rechte Nein" in Rubrik überdurchschnittlich einverstanden). Recht deutlich wird die Ansicht (1) bezüglich Aufgabenteilung von Mann und Frau in Haushalt und Beruf befürwortet. Eine andere Frage ist allerdings, wie weit man in dieser Richtung zu gehen bereit ist. Ein Blick auf die später folgende Tabelle 5 bestätigt dies: Laut den Antworten auf Ansicht (1) sprechen sich nämlich gleich viele Befragte für die hergebrachte Aufgabenteilung aus. Dass das Doppelverdienertum von Mann und Frau (Ansicht (8) in Tabelle 4) in Erinnerung an die jüngste Rezession von gut zwei Dritteln der Befragten abgelehnt wird, zeigt deutlich, dass der Mann offenbar als Ernährer der Familie bevorzugt werden soll.

Bei zwei Fragen in derselben Tabelle ergaben sich keine Mehrheiten. Über den Einsatz der Gewerkschaften für berufstätige Mütter sind sich die Befragten im unklaren (35% haben überhaupt keine Meinung dazu). Man weiss offensichtlich wenig über einen diesbezüglichen Einsatz und nicht zuletzt ist die Unsicherheit in den Antworten auch mit dem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad erklärbar.

Aus einem anderen Grund entsteht bei der Frage des geschlechtsspezifischen Pensionsalters ein Patt: Sie ist stark umstritten. Zwar sind die Gruppen, die bei dieser Ansicht (7) unter unterdurchschnittlich einverstanden aufgeführt sind, gegen das

Tabelle 3 "Emanzipation"

Kategorien inhaltlicher Umschreibung	% der Nennungen
– Gleiche Rechte / Gleichberechtigung von Frauen und Männern	37
– Frauen können selber entscheiden / Verantwortung übernehmen / Sich behaupten	15
– Befreiung / Freiheit der Frauen / Ausbrechen aus traditionellen Rollen (Freiheit von)	12
– Selbstverwirklichung der Frauen / Entfaltungsmöglichkeiten für die Frauen (Freiheit zu)	7
– Horror vor Emanzen, insbes. Alice Schwarzer	4
– Angst vor übertriebener Gleichmacherei	4
– Gleicher Lohn für gleiche Arbeit / Gleiche Berufe für Männer und Frauen	0,4
Weiss nicht / Keine Antwort	18

**Tabelle 4** Ansichten zur Chance von Frauen und Müttern, einen Beruf auszuüben und zu möglichen Folgen ihrer Berufstätigkeit

1 = "voll einverstanden"                      4 = "überhaupt nicht einverstanden"  
 2 = "einigermassen einverstanden"        5 = keine Meinung  
 3 = "eher nicht einverstanden"

Ansicht	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Die Berufstätigkeit sollte vermehrt so organisiert werden, dass Mann und Frau die Aufgaben in Beruf und Haushalt nach eigenem Gutdünken aufteilen können.	55	21	12	9	3	Frauen Stadtbewohner Angestellte/Beamte in mittlerer Stel. Gymnasium- + Technikumsabsolventen SP-Symp. Gleiche R. Ja	Männer Landbewohner Landwirte Primar- + Sekundarschulabsolventen CVP-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein
(2) Männer und Frauen sollten für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden.	80	12	4	2	1	20-39jährige Absolventen von Gymnasien, Techniken + Univers. Gleiche R. Ja	Landwirte Primarschulabsolv. CVP-Symp. Gleiche R. Nein
(3) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist kaum möglich, weil die Gleichwertigkeit einer Arbeit sachlich kaum feststellbar ist.	14	25	21	32	8	65-84jährige Landwirte Primarschulabsolv. CVP-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp.
(4) Männer sollten bereit sein, auch unter weiblichen Vorgesetzten zu arbeiten.	65	19	6	7	3	Stadtbewohner Angestellte/Beamte in mittl. Stellung Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Pol. hoch Integr. Gleiche R. Ja	Landbewohner Landwirte Primarschulabsolventen CVP-Symp. Gleiche R. Nein

tieferes Pensionsalter der Frauen. Doch muss erwähnt werden, dass diese Frage innerhalb aller Merkmalsgruppen (mit Ausnahme der 65–84jährigen, Primar- und Sekundarschulabsolventen auf der einen, der Uni-Absolventen auf der andern Seite) umstritten ist.

Weitere Ansichten, die wir den Befragten vorlegten, betreffen den *Unterhalt der Familie und die Teilung der Aufgaben in Haushalt und Erziehung*. Die Antworten und abweichenden Gruppen sind in Tabelle 5 enthalten. Sie ist gleich wie Tabelle 4 aufgebaut.

Ansicht	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(5) Arbeitgeber stellen nur bei Hochkonjunktur genügend Teilzeitstellen für Mütter zur Verfügung.	36	22	14	12	15	Westschweizer  SP-Symp.	Landwirte Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni CVP, SVP-Symp.
(6) Gewerkschaften setzen sich kaum für die besonderen Belange der berufstätigen Mütter ein.	18	22	15	10	35	—	—
(7) Ich finde es gut, dass Frauen früher pensioniert werden als Männer.	33	14	19	30	4	Frauen 65-84jährige Westschweizer Primar- + Sekundar- schulabsolventen SP-, SVP-Symp.	Männer 20-39jährige  Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni FdP-Symp. Gleiche R. Nein
(8) In wirtschaftlichen Krisenzeiten sollten verheiratete Frauen keine Doppelverdienerinnen sein.	48	20	12	13	7	65-84jährige Landwirte Primar- + Sekundar- schulabsolventen CVP-Symp. Pol. hoch Integr. Gleiche R. Nein	20-39jährige  Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp.  Gleiche R. Ja

Als Synthese aus den Antworten der Interviewten könnte man folgende Erkenntnis formulieren: Man ist dem Einbezug des Vaters in die Kinderbetreuung und Haushaltarbeiten sowie der Berufstätigkeit der Mutter gegenüber tendenziell zwar positiv eingestellt (Ansichten (1), (2) und (3)). Hingegen schreckt man vor einer konsequenten Durchführung zurück (Ansicht (5)). Dies nicht zuletzt im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Kinder (Ansicht (4)).

Sehr umstritten ist die Frage, ob eine Karrierefrau auf eigene Kinder zu verzichten habe (Ansicht (7)).

Weitere Ansichten zum Thema *Frau und Politik* bringt Tabelle 6. Sie ist wiederum gleich konstruiert. Eine Mehrheit der Befragten ist bei allen drei Fragen für die Integration der Frauen. Erstaunen muss hingegen die Tatsache, dass die bestehende krasse Untervertretung der Frauen in den Parlamenten nicht auf stärkeren Wider-

Tabelle 5 **Ansichten zur Art und Weise, wie sich Mann und Frau beim Unterhalt der Familie ergänzen und wie sie sich in die Aufgaben in Haushalt und Erziehung teilen können**

1 = "voll einverstanden"                      4 = "überhaupt nicht einverstanden"  
 2 = "einigermaßen einverstanden"        5 = keine Meinung  
 3 = "eher nicht einverstanden"

Ansicht	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Es ist für beide besser, wenn der Mann mit seiner beruflichen Tätigkeit den Verdienst sicherstellt und die Frau fürs Haus und die Familie sorgt.	54	21	10	13	2	65-84jährige Landbewohner Landwirte Primar- + Sekundar- schulabsolventen CVP-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige Angestellte/Beamte i. mittl. Stellung Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja
(2) Es ist für den Mann ein Gewinn, vom Beruf entlastet und dafür vermehrt in die Betreuung der Kinder und in die Arbeiten im Haushalt einbezogen zu werden.	27	29	23	18	4	20-39jährige Stadtbewohner  Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja	Landbewohner Landwirte, Arbeiter  Fdp-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein
(3) Die Berufstätigkeit der Mutter bringt oft eine Bereicherung ihres Alltags, von der sie persönlich und das familiäre Klima profitieren.	40	31	15	9	6	Frauen 20-39jährige Stadtbewohner Angest./Beamte in mittl. Stellung Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja	Männer 65-84jährige Landbewohner Landwirte  Primar- + Sekundar- schulabsolventen CVP-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein

spruch stösst. Die 65–84jährigen, die CVP-Sympathisanten und die Gegner des Gleichberechtigungs-Artikels sind gar der Meinung, die Frauen seien in den Parlamenten genügend vertreten.

Wie sind die Meinungen der Befragten zur *Gleichstellung in der Ausbildung*? Tabelle 7 gibt darüber Auskunft. Wie die Antworten auf die Ansichten (1), (4) und (5) bestätigen, ist die überwiegende Mehrheit für die Gleichstellung der Mädchen in der Ausbildung. Eine gewisse Unsicherheit der Befragten lassen die Antworten auf die Ansichten (2) und (3) erkennen: Sie weisen einerseits die relativ grössten Werte bei der Kategorie "keine Meinung", andererseits die relativ kleinsten Werte bei einer Extremkategorie (hier "überhaupt nicht einverstanden") auf. Die Schlagwörter

Ansicht	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(4) Wenn beide Eltern berufstätig sind, leiden fast immer die Kinder darunter.	65	17	8	7	2	65-84jährige Landbewohner Landwirte  Primar- + Sekundarschulabsolventen CVP-, SVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige  Selbständigerwerb., leitende Angest./ Beamte Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp.
(5) Echte Partnerschaft in der Ehe ist nur möglich, wenn beide verdienen.	2	5	15	74	3	Uni-Absolventen	
(6) Bei Ehescheidungen sollten in der Regel die jüngeren Kinder der Mutter zugesprochen werden.	27	28	18	17	10	65-84jährige Primarschulabsolventen	20-39jährige Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni
(7) Eine Frau, die beruflich oder politisch Karriere machen will, sollte auf eigene Kinder verzichten.	31	18	17	27	7	65-84jährige Deutschschweizer Landbewohner Protestanten Primar- + Sekundarschulabsolventen SVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige Westschweizer Stadtbewohner Katholiken Absolv. v. Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja

“Gleichmacherei” und “natürliche Unterschiede” scheinen die Befragten verunsichert zu haben.

Nun möchten wir die Tabellen 4 bis 7 noch miteinander vergleichen und dabei fragen, wie die über- oder unterdurchschnittliche Zustimmung oder Ablehnung zu den Ansichten, die den Befragten vorgelegt wurden, sich auf die Merkmalskategorien und Merkmalsgruppen verteilen. In ihrer Einstellung zur Gleichberechtigung unterscheiden sich die Befragten am häufigsten nach Bildung, Beruf, Alter und Parteisympathie. So stehen generell Befragte, die ein Technikum, ein Gymnasium oder eine Universität absolviert haben, obere und mittlere Berufskategorien, SP-Sympathisanten und die 20–39jährigen der Gleichstellung von Mann und Frau

Tabelle 6 Ansichten zum Themenkreis Frau und Politik

1 = "voll einverstanden"

4 = "überhaupt nicht einverstanden"

2 = "einigermassen einverstanden"

5 = keine Meinung

3 = "eher nicht einverstanden"

Ansichten	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Politik ist Männersache. Frauen sollen hier ausser in Erziehungs- und sozialen Fragen nicht mitmachen.	16	15	18	49	1	65-84jährige Landbewohner Landwirte  Primar- + Sekundarschulabsolventen CVP-Symp.  Gleiche R. Ja	20-39jährige Stadtbewohner Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Absolv. von Gym., Tech. u. Uni FdP-, SP-Symp. Pol. hoch Integr. Gleiche R. Ja
(2) Frauen sollten in öffentlichen Ämtern viel stärker vertreten sein.	40	32	14	9	4	20-39jährige Westschweizer Stadtbewohner Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Angest./Beamte in mittl. Stellung Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja	65-84jährige Landbewohner Landwirte leit. Angest./Beamte Primarschulabsolventen CVP-, FdP-, SVP-S. Gleiche R. Nein
(3) Die Frauen sind heute in den Parlamenten genügend vertreten.	23	18	25	27	7	65-84jährige Landwirte  Primarschulabsolventen CVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige Westschweizer Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Angest./Beamte in mittl. Stellung Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja

aufgeschlossener gegenüber. Das Gegenteil trifft für jene mit Primar- und Sekundarschulabschluss, Landwirte, CVP-, z.T. auch SVP-Sympathisanten und die 65 bis 84jährigen zu. Bemerkenswert ist zudem, dass das Geschlecht für abweichende Ansichten unerheblich ist.

Aus diesen Meinungsäusserungen geht hervor, dass das Ja oder Nein zur Verfassungsvorlage fast immer durch positive oder negative Erwartungen motiviert zu sein scheint, die man gegenüber konkreten Auswirkungen der Gleichberechtigung hegt. Wie stellen sich die Befragten zu weiteren konkreten Aspekten der Gleichberechtigung

Tabelle 7 Ansichten zur Gleichstellung von Mann und Frau in der Ausbildung

1 = "voll einverstanden"

2 = "einigermassen einverstanden"

3 = "eher nicht einverstanden"

4 = "überhaupt nicht einverstanden"

5 = keine Meinung

Ansichten	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Die Benachteiligung der Mädchen in der Ausbildung muss beseitigt werden.	73	10	6	7	5	Frauen Stadtbewohner  Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja	Männer Landbewohner Landwirte  Primarschulabsolventen CVP-Symp. Gleiche R. Nein
(2) Die Gleichstellung in der Ausbildung führt leicht zur Gleichmacherei.	15	16	23	35	11	65-84jährige Westschweizer Landbewohner Landwirte  Primar- + Sekundar- schulabsolventen SVP-, CVP-Symp.  Gleiche R. Nein	20-39jährige Deutschschweizer Stadtbewohner Angest./Beamte in mittl. Stellung  Absolv. von Gym., Tech. u. Uni FdP-, SP-Symp. Pol. hoch Integr. Gleiche R. Ja
(3) Die Gleichstellung in der Ausbildung widerspricht den natürlichen Begabungsunterschieden zwischen den Geschlechtern.	10	18	19	44	9	65-84jährige Landwirte  Primar- + Sekundar- schulabsolventen CVP-Symp. Gleiche R. Nein	20-39jährige Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Angest./Beamte in mittl. Stellung  Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Gleiche R. Ja
(4) Falls Mädchen Lust haben, sollten sie auch an Wettkämpfen in Sportarten wie Fussball, Ringen oder Marathon teilnehmen können.	58	19	10	11	3	20-39jährige Stadtbewohner Angest./Beamte in mittl. u. unterer Stellung Uni-Absolventen FdP-Symp.	65-84jährige Landbewohner Landwirte  Primarschulabsolv. SVP-, CVP-Symp.

Ansicht	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(5) Es ist Geldverschwendung, wenn Mädchen, die sowieso später heiraten, eine teure Ausbildung genießen.	6	9	15	68	2	Männer 65-84jährige Landbewohner Landwirte, Arbeiter  Primarschulabsolventen SVP-, CVP-Symp. Pol. schwach Int. Gleiche R. Nein	Frauen Stadtbewohner Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Angest./Beamte in mittl. Stellung Absolv. von Gym., Tech. u. Uni SP-Symp. Pol. hoch Integr. Gleiche R. Ja

Tabelle 8 Drei Aspekte der Gleichstellung der Frau

- 1 = ja, einverstanden  
2 = nein, nicht einverstanden  
3 = keine Antwort

Ansicht	1	2	3	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Jede Frau soll selbständig entscheiden können, welche Ausbildung sie wünscht.	92	6	2	Frauen 20-39jährige Stadtbewohner Angest./Beamte in mittl. u. unterer Stellung SP-Symp.	Männer 65-84jährige Landbewohner Landwirte  CVP-Symp.
(2) Jede Frau soll ungehindert von ihrem Mann entscheiden können, ob sie berufstätig sein will.	53	39	8	Frauen 20-39jährige Stadtbewohner Katholiken Angest./Beamte in mittl. Stellung SP-Symp. Gleiche R. Ja	Männer 65-84jährige Landbewohner Protestanten Landwirte  CVP-, SVP-, FdP-S. Gleiche R. Nein
(3) Mann und Frau sollen gleichberechtigt bestimmen können, wo sie wohnen wollen.	87	8	5	Stadtbewohner Landwirte  Gleiche R. Ja	Landbewohner Arbeiter Selbständigerwerb., leit. Angest./Beamte Gleiche R. Nein



Tabelle 9 Frau und Militär  
 1 = ja, einverstanden  
 2 = nein, nicht einverstanden  
 3 = keine Meinung

Ansicht	1	2	3	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
– Es gibt Leute, die sagen, wenn Mann und Frau rechtlich gleichgestellt werden, sollen die Frauen auch Militärdienst leisten. Was meinen Sie dazu?	29	65	6	Männer Landbewohner Protestanten Absolv. v. Sekundarsch., Gym. u. Technikum SVP-, FdP-Symp. Gleiche R. Nein	Frauen Stadtbewohner Katholiken Absolv. von Primarschule und Uni CVP-, SP-Symp. Gleiche R. Ja

gung? Dies versuchten wir herauszufinden, indem wir ihnen 3 Ansichten vorlegten, mit denen sie sich einverstanden oder nicht einverstanden erklären konnten. Jede betrifft einen der im neuen Verfassungsartikel ausdrücklich erwähnten *drei Bereiche (Familie, Ausbildung, Arbeit)*. Die Fragen und Antworten bringt Tabelle 8. Sie ist ähnlich wie die vorhergehenden Tabellen aufgebaut.

Ansicht (1) betrifft die Wahl der Ausbildung und wird eindeutig gutgeheissen. Die Ansichten (2) und (3) betreffen Elemente, die in dieser Form im neuen Eherecht vorgesehen sind. Die gemeinsame, gleichberechtigte Bestimmung des Wohnorts ist fast unbestritten.

Am umstrittensten ist die Bestimmung, wonach die Frau ungehindert von ihrem Ehegatten entscheiden können soll, ob sie berufstätig sein will. Nur wenig mehr als die Hälfte der Interviewten wollen in diesem Fall der Ehefrau die alleinige Entscheidungskompetenz zugestehen. Männer, 65–84jährige, Landwirte, SVP-Sympathisanten und Gegner des Gleichberechtigungs-Artikels sind dagegen.

Eine weitere Frage, die etwa mit der Gleichstellung der Frau in Zusammenhang gebracht wird, betrifft den *Militärdienst* für Frauen. Wie Tabelle 9 zeigt, sind fast zwei Drittel von ihnen nicht der Meinung, dass die Frauen ihre neu erworbene Gleichstellung mit Militärdienst zu kompensieren hätten. Nur SVP-Sympathisanten und Gegner der Abstimmungsvorlage wollen dies.

#### 1.4 Die Meinungsbildung von Ehepartnern bei Abstimmungen

Wir wissen, dass die Verheirateten sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern eine höhere Stimmbeteiligung aufweisen als Ledige, Verwitwete und Geschiedene. Wie läuft nun die Meinungsbildung von Ehepartnern ab? Diese Frage können wir

hier nicht analysieren. Doch versuchen wir, das Resultat dieses Meinungsbildungsprozesses einzufangen.

Auf die Frage, ob sie jeweils wüssten, wie ihr Partner stimme, antworteten 75 % der verheirateten Befragten mit Ja, 18 % mit Nein. Um diese Angaben zu überprüfen, fragten wir jene Urnengänger unter den verheirateten Befragten, die gesagt hatten, sie wüssten jeweils, was ihr Partner stimme, ob sie sagen könnten, wie dieser/diese am 14. Juni gestimmt hätte. Nur 13 % konnten dies für die Vorlage "Gleiche Rechte für Mann und Frau", 16 % für den Konsumentenschutz-Artikel nicht sagen.

89 % der verheirateten Befragten bejahten die Frage, ob sie mit ihrem Ehepartner jeweils über die Vorlagen diskutierten. Schliesslich wollten wir wissen, wie oft die Partner gleich stimmen, angenommen, sie nehmen beide an 10 Abstimmungen teil. Die Antworten zeigen, dass Verheiratete etwa bei 7 von 10 Abstimmungen (arithmetisches Mittel: 7.4), an denen beide teilnehmen, gleich stimmen. Dabei nannten nur 35 % eine Zahl zwischen 1 und 7, 57 % hingegen eine solche von 8 bis 10. Bloss 2 % bekannnten sich dazu, nie im gleichen Sinne zu stimmen.

## *2) Konsumentenschutz*

### *2.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen*

Tabelle 10 enthält dieselben Informationen für den Konsumentenschutzartikel wie Tabelle 1 für den Gleichberechtigungsartikel. Ein Vergleich dieser zwei Tabellen zeigt, dass bei beiden Vorlagen die Konfliktfronten sehr ähnlich verliefen. Nicht nur wurde das Stimmverhalten z.T. nach denselben Merkmalen signifikant beeinflusst, sondern auch in der gleichen Richtung.

Die Merkmale Parteisympathie, Beruf und Siedlungsart haben auf den Entscheid der Urnengänger am stärksten eingewirkt. Auch bei der Vorlage über den Konsumentenschutz kamen der höchste wie der tiefste Ja-Stimmenanteil bei der Aufschlüsselung nach Parteisympathie zustande. Hier wie dort befinden sich die SP-Sympathisanten am oberen Ende der Zustimmungsskala. Am andern Ende der Skala befinden sich die Anhänger der bürgerlichen Parteien. Jene der FdP weisen mit 54 % (abgesehen von den Landwirten) den kleinsten Ja-Anteil auf, möglicherweise noch weniger, wenn man die übliche Anpassungsstrategie der Befragten an den "Sieger" berücksichtigt (10% mehr Ja als in der Abstimmung).

Stadtbewohner haben wie zu erwarten ein höheres Problembewusstsein für den Konsumentenschutz als Bewohner ländlicher Gebiete. Sie nahmen deshalb den entsprechenden Verfassungsartikel eindeutiger an.

Tabelle 10 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über den Konsumentenschutz-Artikel

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in Prozenten		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid signifikant Signifikanzniveau	
		Ja	Nein		
Geschlecht	Frauen	82	18	ja	0.05
	Männer	72	28		
Alter	20–39jährige	81	19	ja	0.1
	40–64jährige	70	30		
	65–84jährige	81	19		
Sprachgruppe	deutsche Schweiz	75	25	nein	
	Westschweiz	83	17		
Stadt/Land	Stadt	85	15	ja	0.001
	Land	63	37		
Konfession	Katholiken	73	27	nein	
	Reformierte	77	23		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	66	34	ja	0.001
	Angestellte/Beamte in mittlerer Stellung	84	16		
	Angestellte/Beamte in unterer Stellung	91	9		
	Landwirte	33	67		
	Arbeiter	84	16		
Bildung	Primarschule	78	23	nein	
	Sekundarschule	76	24		
	Berufs-, Gewerbeschule	76	24		
	Gymnasium, Technikum	80	20		
	Uni	71	29		
Parteisympathie	CVP	57	43	ja	0.001
	FdP	54	46		
	SP	96	4		
	SVP	62	38		
	(LdU	100	)		
	Keine	83	17		
Pol. Integration	Hoch	75	25	nein	
	Mittel	77	23		
	Tief	79	21		
Stichprobe effektives Abstimmungsresultat		76	24		
		66	34		

Von geringerem Einfluss auf das Stimmverhalten waren schliesslich Geschlecht und Alter. Frauen stimmten stärker zu als Männer.

Beim Alter zeigt sich ein ähnliches Phänomen wie bei der Gleichberechtigungsvorlage: Junge und Alte stimmten stärker zu als die mittleren Alterskategorien.

## 2.2 Die Entscheidungsmotive

Die Motive, welche die befragten Urnengänger als Grund für ihren Entscheid angeben, sind in Tabelle 11 angegeben. Jeder vierte *Befürworter* stimmte aus jedermann einsichtigen Gründen Ja. Interessanter sind jene Ja-Motive, die indirekt aktuelle politische Fragen betreffen (Preisüberwachung, vgl. Tab. 14). Ein Wink für aufmerksame Politiker.

30% der *Gegner* folgten offensichtlich der Parole gegen unnötige Staatseingriffe und Einschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit. Auch jene 17% die vom Konsumenten mehr Selbstverantwortung verlangen, sahen den Konsumentenschutz primär als staatliche Bevormundung.

Tabelle 11 Entscheidungsmotive – Konsumentenschutz

Motiv	% der Nennungen
<i>Ja-Motive</i>	
– Mehr Schutz für Konsumenten	25
– Preisüberwachung / Preiskontrolle	21
– Konsumenten sollen sich wehren können / Prozesshilfe / Mehr Rechte für Konsumenten	11
– Gegen unlauteren Wettbewerb / Gegen Missbräuche	7
– Lebensmittelkontrolle / Gift in Lebensmitteln	7
– Bessere Information für Konsumenten / Gegengewicht zur Werbung	6
Undifferenziert / Weiss nicht	14
<i>Nein-Motive</i>	
– Zuviel Staat / Ist gegen Handels- und Gewerbefreiheit	30
– Leute sollen selber denken / Mehr Selbstverantwortung	17
– Schon genügend Schutz / Geht zu weit	15
– Nützt nichts / Keine Verbesserung	9
– Wir Händler wollen auch verdienen / Die Händler auch besser Schützen	5
Undifferenziert / Weiss nicht	9

Tabelle 12 Konsumentenschutz: Das Gewicht einzelner Pro-Argumente

1 = "voll einverstanden"                      4 = "überhaupt nicht einverstanden"  
 2 = "einigermassen einverstanden"        5 = keine Meinung  
 3 = "eher nicht einverstanden"

Argument	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Wenn der Konsument mehr Rechte bekommt, bleibt die Wirtschaftsfreiheit trotzdem erhalten.	58	21	8	4	10	Angest./Beamte in mittl. Stellung Uni-Absolventen SP-Symp. Konsumentensch. Ja	Westschweizer Landbewohner Landwirte Primarschulabsolv. SVP-, FdP-Symp. Konsumentensch. Nein
(2) Der Konsument soll beim/vor dem Kauf eines Produktes alle Informationen (z.B. Lebensdauer, versteckte Mängel, auffällige Nachteile) vom Verkäufer erhalten können.	82	12	3	1	2	—	—
(3) Wichtig ist vor allem, dass die Konsumenten und ihre Organisationen ihre Rechte auch vor Gericht durchsetzen können.	70	18	4	3	5	Westschweizer SP-Symp. Konsumentensch. Ja	Landbewohner Landwirte Uni-Absolventen SVP-, CVP-, FdP-S. Konsumentensch. Nein

Um das Gewicht der wichtigsten Pro- und Contra-Argumente betreffend Konsumentenschutz noch besser abzuklären, legten wir den Befragten in einer geschlossenen Frage nach den üblichen Klassierungsmethoden einige solche vor.

Tabellen 12 und 13 enthalten die Resultate sowie die vom Durchschnitt abweichenden Gruppen; sie sind im übrigen gleich aufgebaut wie die Tabellen 4 bis 7. Wie die Annahme des Konsumentenschutz-Artikels durch die Stimmbürger erwarten lässt, erfahren die Pro-Argumente grössere Zustimmung als die Contra-Argumente. Was auf den ersten Blick erstaunen mag, ist die Feststellung, dass auch die zwei Contra-Argumente von einer Mehrheit der Befragten (und sogar – wenn auch einer unterdurchschnittlichen – Mehrheit der Ja-Stimmenden) gutgeheissen werden. Dies braucht allerdings kein Widerspruch zu sein.

Da der Konsumentenschutz-Artikel die Konsumentenorganisationen im Bereich der Bundesgesetzgebung über den unlauteren Wettbewerb den Berufs- und Wirtschaftsverbänden gleichstellen will, baten wir die Interviewten mittels einer offenen

Tabelle 13 Konsumentenschutz: Das Gewicht einzelner Contra-Argumente

1 = "voll einverstanden"      4 = "überhaupt nicht einverstanden"  
 2 = "einigermassen einverstanden"      5 = keine Meinung  
 3 = "eher nicht einverstanden"

Argument	1	2	3	4	5	überdurchschnittl. einverstanden bzw. unterdurchschnittl. nicht einverstanden	unterdurchschnittl. einverstanden bzw. überdurchschnittl. nicht einverstanden
(1) Jeder Konsument ist in der Lage, selbständig zu entscheiden, was er kaufen will oder nicht. Er braucht keinen Beschützer, der ihm vorschreibt, was er zu tun hat.	53	17	17	11	2	65-84jährige Primar- + Sekundar- schulabsolventen SVP-, CVP-Symp. Konsumentensch. Nein	Uni-Absolventen SP-Symp. Konsumentensch. Ja
(2) Die freie Wirtschaft soll nicht noch mehr eingeschränkt werden. Die Produkte werden nicht besser, weil man noch mehr Gesetze und Vorschriften erlässt, sondern weil die Leute schlechte Produkte nicht mehr kaufen.	37	23	16	15	9	65-84jährige Angestellte/Be- amte in unterer Stellung Sekundarschulab- solventen SVP-, CVP-, FdP-S. Konsumentensch. Nein	20-39jährige Uni-Absolventen SP-Symp. Konsumentensch. Ja

Tabelle 14 Unlauterer Wettbewerb

Beispiel	% der Nennungen
- Täuschende, unwahre Werbung / Reklame	23
- Verkäufer-Lüge, billige Qualität teuer verkaufen / Artikel und Menge stimmen nicht	18
- Schlechte, falsche Angaben auf Verpackung / Warendeklaration fehlt	10
- Preisdumping, unter dem Einkaufspreis verkaufen	6
- Konkurrenten schlecht machen	4
- Marktmacht / Lädeli verschwinden	3
- Nachahmungen, Fälschungen fremder Produkte	3
- Mogelpackungen	2
- Ware verkaufen, die Lebensmittelgesetz verletzt	1
- Anderes	2
Weiss nicht	29

Frage zu sagen, was unlauterer Wettbewerb sei. Die Antworten, die dabei herauskamen, sind in Tabelle 14 zusammengefasst. Die wichtigste Erkenntnis aus diesen Antworten hat zwei Seiten: Zwar konnten viele (29% der Befragten) nicht sagen, was man unter unlauterem Wettbewerb versteht. Doch betreffen die Nennungen fast ausschliesslich solche Sachverhalte, die das bestehende UWG abdeckt (Missbräuche des Wettbewerbs, täuschende Mittel, Verstoß gegen Treu und Glauben) oder deren Aufnahme ins neue UWG diskutiert wird (Marktmacht, Preisdumping). Natürlich sehen die Befragten den unlauteren Wettbewerb v.a. aus der Sicht des Konsumenten. Dem dürfte das neue UWG Rechnung tragen.

### 2.3 Die wichtigsten Anliegen des Konsumentenschutzes

Welches die wichtigsten Anliegen des Konsumentenschutzes sind, ergab sich aus der Stellungnahme zu einer Liste mit 6 Bereichen.

Tabelle 15 bringt die prozentualen Antworten. Es zeigt sich, dass jene zwei Bereiche, die schon bei den Entscheidungsmotiven eine Rolle spielten und nicht direkt vom neuen Konsumentenschutz-Artikel abgedeckt werden, den Leuten am meisten am Herzen liegen. Diese Prioritäten-Setzung ist natürlich stark durch aktuelle Ereignisse (z.B. Hormone im Kalbfleisch) und Trends (Teuerung) beeinflusst. Übrigens antworteten 17% aller Befragten auf eine offene Frage nach dem Inhalt der Abstimmungsvorlage zum Konsumentenschutz mit "Preisüberwachung" und 7% mit "Lebensmittelkontrolle", 38% konnten diese Frage nicht beantworten.

Das Problem der Gifte und anderer chemischer Rückstände in Lebensmitteln kann hier einwandfrei als das wichtigste Anliegen der Konsumenten zuhanden der Gesetzgeber bezeichnet werden. Das zweitwichtigste ist sodann die Frage der Preishöhe bzw. Preisüberwachung.

Tabelle 15 Die wichtigsten Anliegen des Konsumentenschutzes

Anliegen	am wichtigsten	am zweitwichtigsten
	Nennungen in %	
– Gifte und andere chemische Rückstände in Lebensmitteln	52	16
– Preishöhe / Preisüberwachung	27	32
– Warendeklaration / Anschreibpflicht	10	20
– Sicherheit von Produkten (z.B. bei elektrischen Geräten)	3	14
– Marktübersichten / Produkte(vergleiche) / Tests	4	9
– Prozesshilfe / -erleichterung / Rechtshilfe	1	5
Keine Antwort	3	4

## Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni 1981

### *Zusammenfassung*

Geht man davon aus, dass bei den seit 1977 analysierten Abstimmungen die Beteiligung der Frauen jeweils um 7 bis 18 Prozent (durchschnittlich 12 Prozent) unter derjenigen der Männer lag, dann *hat die Abstimmung vom 14. Juni die Frauen etwas überdurchschnittlich zum Urnengang motiviert*: Ihre Stimmbeteiligung lag nämlich dieses Mal nur 5 % unter jener der Männer.

Das *Alter* der Befragten hat den *grössten Einfluss auf deren Stimmverhalten* beim Artikel "Gleiche Rechte für Mann und Frau" ausgeübt. Sinkende Zustimmung mit zunehmendem Alter gilt für jene zwischen 20 und 64 Jahren. *Deutliche Unterschiede* zeigen sich auch, wenn man die Ja-Stimmenanteile *nach Parteisympathie* aufgliedert: *CVP-Anhänger* haben den Artikel über die Gleichberechtigung *nur knapp angenommen*, mit 55 % Ja-Stimmen sind sie diejenige Merkmalsgruppe mit dem kleinsten Ja-Anteil überhaupt. *Am deutlichsten nahmen dagegen die SP-Sympathisanten die Vorlage an. Frauen nahmen wie erwartet höher an als Männer* (79 % Ja gegenüber 65 % Ja). *Dasselbe gilt für Romands und Stadtbewohner gegenüber Deutschschweizern und Bewohnern ländlicher Gebiete*. Auch haben die Befragten aus den oberen Bildungskategorien deutlicher zugestimmt als die aus den unteren.

Betrachtet man *nur die Frauen*, so stellt man fest, dass die *Variable Erwerbstätigkeit keinen Einfluss* auf deren Stimmverhalten ausübte, *hingegen der Zivilstand*: Ledige Frauen stimmten überdurchschnittlich zu, verwitwete und geschiedene nur unterdurchschnittlich.

Bei den Entscheidungsmotiven interessiert v.a. die Frage, welche Bereiche von Befürwortern bzw. Gegnern der Vorlage genannt wurden und welche nicht. So betraf das von den *Befürwortern* der Gleichberechtigungs-Vorlage *am meisten genannte Motiv den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit* (27 % der Nennungen). Wegen der Gleichberechtigung der Frau in Familie und Ehe stimmten 7 % Ja, und weitere 2 % weil sie damit die Besserstellung der ledigen und alleinstehenden Frauen wollen. Die übrigen Befürworter gaben nur sehr allgemeine Ja-Motive an. Die Gleichstellung in der Ausbildung wurde überhaupt nie genannt.

Die *Gegner* der Vorlage *äusserten sich nicht spontan gegen die Gleichstellung der Frauen in Lohnfragen und am Arbeitsplatz*. Das wichtigste Nein-Motiv ist jenes, das besagt, *die Vorlage gehe zu weit, die Frauen hätten schon genug Rechte*. Dabei handelt es sich *nicht nur um die Angst der Männer vor der Gleichberechtigung der Frauen*, wurde es doch von Männern *und* Frauen gleich oft genannt.



Wir nahmen die Abstimmung zum Anlass, die *Ansichten und Meinungen der Befragten zum Thema der Gleichberechtigung von Mann und Frau* genauer auszuleuchten. Eine offene Frage, welche die Interviewten aufforderte, den Begriff "*Emanzipation*" zu umschreiben, zeigte, *dass nur wenige diesen auf zweifelsfrei negative Weise umschreiben*. Im übrigen wurde die Emanzipation viel allgemeiner umschrieben als der Verfassungsartikel, und man erkennt, *dass die Befragten nicht glauben, mit dessen Annahme seien die Emanzipationsbestrebungen der Frauen am Ziel angelangt*.

Die Antworten auf weitere Fragen zeigen, dass das Prinzip "*gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*" *unumstritten* ist. Die Mehrheit der Interviewten sprach sich *für eine vermehrte Aufteilung der Aufgaben von Mann und Frau in Beruf und Haushalt aus*. Eine andere Frage ist allerdings, *wie weit man in diese Richtung zu gehen bereit ist*. Ebenfalls eine Mehrheit sprach sich nämlich auch dafür aus, *dass der Mann als Ernährer der Familie bevorzugt werden soll*. Eine andere Frage zeigte, dass *das geschlechtsspezifische Pensionsalter stark umstritten ist*.

Als Synthese aus den Antworten auf eine Reihe von Fragen zum Themenkreis Unterhalt der Familie und Teilung der Aufgaben in Haushalt und Erziehung kann folgende Erkenntnis gelten: *Man ist dem Einbezug des Vaters in die Kinderbetreuung und Haushaltsarbeiten sowie der Berufstätigkeit der Mutter tendenziell zwar positiv gesonnen, schreckt aber vor einer konsequenten Durchführung ("Echte Partnerschaft in der Ehe ist nur möglich, wenn beide verdienen") zurück. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Kinder.*

*Die Integration der Frau in die Politik wird befürwortet*. Dabei erstaunt aber die Tatsache, *dass die krasse Untervertretung der Frauen in den Parlamenten nur auf schwachen Widerspruch stösst*. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist schliesslich *für die Gleichstellung der Mädchen in der Ausbildung*.

Die Antworten einzelner Gruppen zu diesen Zusatzfragen zeigen, dass *Befragte, die ein Technikum, ein Gymnasium oder die Universität absolviert haben, obere und mittlere Berufskategorien, SP-Sympathisanten und 20–39jährige generell der Gleichstellung von Mann und Frau aufgeschlossener gegenüberstehen*. Das Gegenteil trifft *für jene mit Primar- oder Sekundarschulabschluss, Landwirte, CVP-, z.T. auch SVP-Sympathisanten und die 65–84jährigen zu*. Bemerkenswerterweise ist *das Geschlecht* für abweichende Antworten zu diesen Fragen *unerheblich*.

Zwei Bestimmungen, die im neuen Eherecht vorgesehen sind, fanden unterschiedliche Zustimmung: *Unbestritten ist die gemeinsame, gleichberechtigte Bestimmung des Wohnortes, während die Bestimmung, wonach die Frau ungehindert von ihrem Ehegatten entscheiden können soll, ob sie berufstätig sein will, nur von einer knappen Mehrheit befürwortet wird. Zwei Drittel der Befragten wollen nicht, dass die Gleichberechtigung eine Militärdienstpflicht für die Frauen nach sich ziehe*.

Bei der Abstimmung über den **Konsumentenschutz-Artikel** ergaben sich ähnliche Konfliktfronten wie bei jener über "Gleiche Rechte für Mann und Frau". Die Merkmale *Parteisympathie, Beruf und Siedlungsart haben den Entscheid der Urnengänger am stärksten beeinflusst*. Geschlecht und Alter etwas weniger stark. Auch bei dieser Vorlage kamen die höchsten wie die tiefsten Ja-Stimmenanteile (sieht

man von den Landwirten ab) bei der Aufschlüsselung nach Parteisympathie zustande: *Hier wie dort befinden sich die SP-Anhänger am oberen Ende der Zustimmungsskala. Am unteren Ende befinden sich beim Konsumentenschutz die FdP-Anhänger (deren Partei die Nein-Parole herausgegeben hatte).*

Herausragendes Ergebnis der Frage nach den Entscheidungsmotiven und einer weiteren Frage nach den wichtigsten Anliegen im Bereich des Konsumentenschutzes ist die, *dass den Befragten giftfreie Lebensmittel (Lebensmittelkontrolle) und die Preisüberwachung am meisten am Herzen liegen.* Diese beiden Anliegen deckt der angenommene Konsumentenschutz-Artikel nicht ab.

## Analyse de la votation fédérale du 14 juin 1981

### *Récapitulation des résultats principaux*

Si l'on considère que, pour les votations analysées depuis 1977, la participation des femmes se situait de 7 à 18% en deçà de celle des hommes (en moyenne 12%), on peut en déduire *que la votation du 14 juin a motivé un peu plus que d'habitude les femmes à se rendre aux urnes*: leur participation, en effet, n'était que de 5% inférieure à celle des hommes. C'est *l'âge des intéressés qui a exercé la plus forte influence sur leur manière de voter* en ce qui concerne l'article «**Egalité des droits entre hommes et femmes**». Pour les personnes de 20 à 64 ans, l'approbation diminue avec l'âge. On constate également *des différences considérables* si l'on rattache la part des «oui» aux *sympathisants des différents partis*: les adeptes du PDC ont tout juste accepté l'article sur l'égalité des droits; de manière générale, avec 55% de voix en faveur du projet de loi, ils forment le groupe ayant fourni la part de «oui» la plus faible. Par contre, ce sont *les sympathisants du PS qui ont approuvé de la manière la plus nette le projet* de nouvel article constitutionnel. *Les femmes l'ont approuvé à une plus large majorité que les hommes* (79% de «oui» contre 65% pour les hommes). *Le même phénomène est valable pour les Romands et les citadins par rapport aux Suisses alémaniques et aux habitants des campagnes*. De même, les personnes provenant des catégories de formation supérieures ont accepté plus clairement que les autres.

Si l'on prend *uniquement les femmes* en considération, on constate *que la variable activité professionnelle n'a pas eu d'influence sur leur manière de voter, contrairement à l'état-civil*: le «oui» est supérieur à la moyenne chez les femmes célibataires, inférieur chez les veuves et les divorcées.

En ce qui concerne les motifs du vote, dans un sens ou dans l'autre, il est intéressant de considérer quels domaines ont été invoqués par les sympathisants et les adversaires du projet et lesquels ne l'ont pas été. Ainsi, *le motif le plus souvent mentionné par les adeptes du projet est le salaire égal pour un travail de valeur égale* (27% des personnes interrogées l'ont invoqué). 7% ont voté oui en raison de l'égalité des droits de la femme dans le domaine de la famille et du mariage, et 2% parce qu'ils désirent une amélioration de la situation des femmes célibataires et des femmes seules. Les autres ont donné des motifs d'ordre très général pour expliquer leur décision de voter en faveur du projet. L'égalité dans le domaine de l'instruction n'a absolument pas été invoquée.

Les *opposants*, quant à eux, *ne se sont pas ouvertement déclarés contre l'égalité des droits dans le domaine des salaires et de la place de travail*. Le motif le plus souvent

mentionné pour le «non» est que le projet de loi va trop loin, que les femmes ont déjà bien assez de droits. Et il ne s'agit pas là uniquement de la crainte des hommes face à l'égalité des droits des femmes, puisque ce motif a été invoqué par les femmes tout autant que par les hommes.

Nous avons saisi l'occasion de cette votation pour faire ressortir de manière plus précise les idées et les opinions des personnes questionnées sur le thème de l'égalité des droits entre l'homme et la femme en général. Une question ouverte, qui priait les personnes interviewées de définir le terme «émancipation» a montré que seul un petit nombre d'entre elles le faisait de manière indubitablement négative. Au reste, l'émancipation a été définie de manière beaucoup plus générale que l'article constitutionnel, et l'on constate que les gens interrogés ne croient pas qu'avec son acceptation, toutes les aspirations des femmes en vue de leur émancipation soient réalisées.

Les réponses fournies à d'autres questions montrent que le principe «à travail de valeur égale, salaire égal» n'est pas contesté. La majorité des personnes interviewées s'est déclarée pour une meilleure répartition des tâches de l'homme et de la femme dans les domaines du travail et du ménage. Bien entendu, il serait bon de savoir jusqu'où l'on est disposé à aller dans ce sens. La majorité a en effet également estimé que l'homme doit être préféré en tant que soutien de famille.

Une autre question a montré que le fait que l'âge de la retraite ne soit pas le même pour les deux sexes est très contesté.

Les réponses à une série de questions relatives au domaine «entretien de la famille et répartition des tâches du ménage et de l'éducation» peuvent se résumer comme suit: on a certes tendance à être favorablement disposé à l'égard d'une participation du père dans l'éducation des enfants et les travaux ménagers et d'une activité professionnelle de la mère, mais on en redoute la réalisation conséquente («Une vraie entente dans le couple n'est possible que si les deux gagnent leur vie.»)

Ceci avant tout à l'égard aux effets qu'elle pourrait avoir sur les enfants.

L'intégration de la femme dans la politique est approuvée. Cependant, on est étonné par le fait que l'évidente sous-représentation des femmes dans les parlements ne se heurte qu'à une faible contestation. La grande majorité des personnes interrogées sont finalement pour l'égalité des droits des filles dans le domaine de la formation.

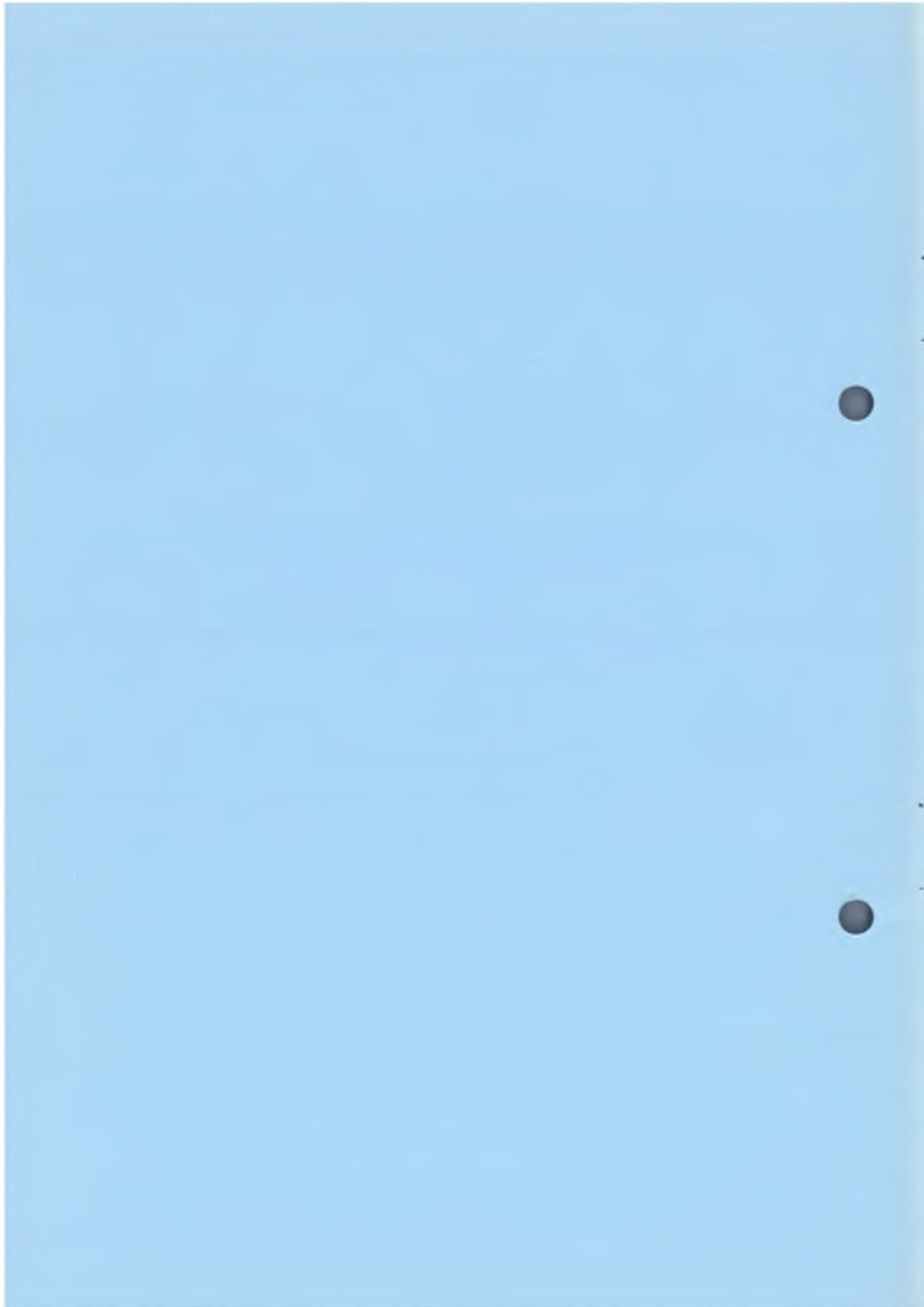
Les réponses fournies à ces questions complémentaires montrent que, d'une manière générale, les personnes qui ont fréquenté un technicum, un gymnase ou l'université, celles appartenant aux catégories professionnelles supérieures ou moyennes, les sympathisants du PS et les personnes de 20 à 39 ans sont plus ouvertes à l'égalité des droits entre l'homme et la femme, contrairement à celles qui ont fréquenté l'école primaire ou secondaire, aux agriculteurs, aux sympathisants du PDC, en partie également de l'UDC et aux personnes âgées de 65 à 84 ans. Notons que les réponses à ces questions ne semblent pas dépendre du sexe des personnes interrogées.

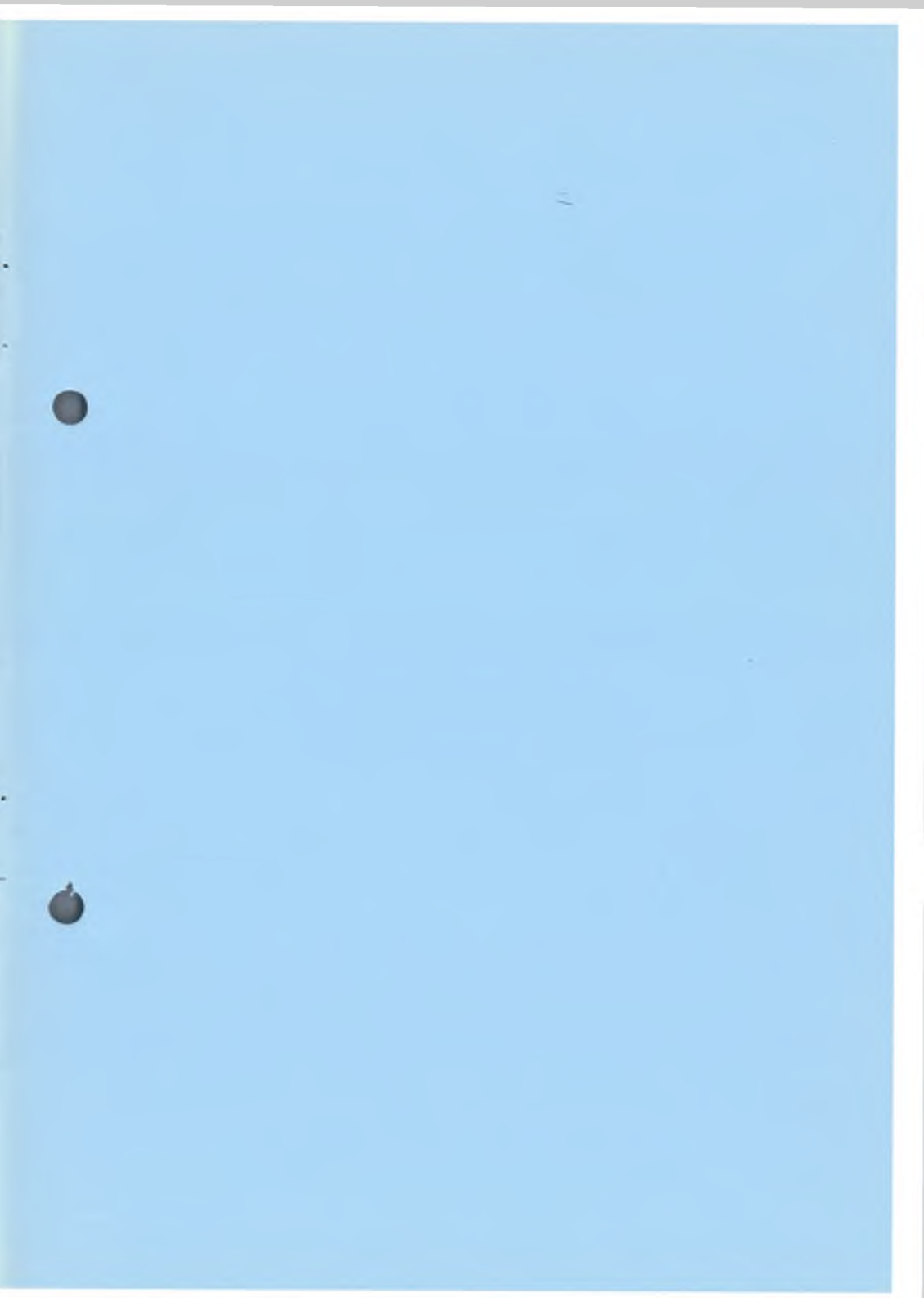
Deux dispositions, prévues dans le nouveau droit matrimonial, ont été approuvées, dont l'une sans contestation: l'égalité des droits pour la détermination commune du lieu de domicile, alors que la disposition selon laquelle l'épouse peut décider libre-

*ment, sans l'approbation de son mari, d'avoir une activité professionnelle, n'est approuvée que par une faible majorité. Deux tiers des gens interrogés ne veulent pas que l'égalité des droits implique l'obligation d'un service militaire pour les femmes.*

En ce qui concerne la votation relative à la **protection des consommateurs**, les «fronts» divergents ressemblent à ceux de la votation sur l'égalité des droits. *Sympathie pour l'un ou l'autre parti, profession et situation géographique ont déterminé le plus fortement la manière de voter.* Le sexe et l'âge dans une moindre mesure. Pour ce projet, les pourcentages les plus importants tout comme les plus faibles de «oui» (si l'on fait abstraction des paysans) peuvent également se chiffrer d'après les sympathies en faveur de tel ou tel parti: à nouveau, *les adeptes du PS se situent au degré supérieur de l'échelle des «oui». Tout en bas, l'on trouve les adeptes du PRD (dont le parti avait recommandé le «non»).*

Aux questions concernant les motifs du vote et les désirs les plus importants pouvant être exprimés dans le domaine de la protection des consommateurs, *les personnes interrogées répondent que la non-toxicité des denrées (contrôle des denrées alimentaires) et la surveillance des prix leur tiennent le plus à coeur.* Ces sujets ne sont pas couverts par l'article sur la protection des consommateurs.





**PP**  
**8001 Zürich**

**Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:**

Spenden von 2000 Franken und mehr:

*Firmen/Verbände:* SEVA Lotterie, Bern/Migros Genossenschafts-Bund/Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500—1500 Franken:

*Firmen/Verbände:* Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

*Staatliche Stellen:* Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200—400 Franken:

*Firmen/Verbände:* Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

*Staatliche Stellen:* Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Basel-land / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz



Unter dem Patronat des  
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ☎ 01/202 07 87

Copyright by GfS und FSP

Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet